



Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF)
Center for North American Studies

ZENAF Arbeits- und Forschungsberichte (ZAF)

Nr. 1 / Dezember 1999

Christian Lammert

**Globalisierung, Regionalisierung und die Zukunft des
kanadischen Bundesstaates**

Kritische Anmerkungen zur Globalisierungsdiskussion

Q86

831

29

Copyright © by Christian Lammert

Zentrum für Nordamerika-Forschung
Center for North American Studies

Johann Wolfgang Goethe - Universität
Robert - Mayer - Str. 1
60054 Frankfurt am Main

Tel.: (069) 798 28521/22
e-mail: zenafdir@em.uni-frankfurt.de
homepage: <http://rz.uni-frankfurt.de/zenaf>

Federal Republic of Germany

1. Einleitung

We don't want to build borders. To be a sovereign country doesn't mean this. In this context, look at the European market, where we abolish in practice borders while maintaining them because they want sovereign identities

(Gilles Duceppe 1998)¹

Die Argumentation von Gilles Duceppe, dem Chef der separatistischen Quebecer Bundespartei *Bloc Québécois*, verweist auf einen zentralen Punkt der aktuellen Globalisierungsdiskussion und der damit einhergehenden Debatte über die Zukunft des Nationalstaates: Im Prozess der zunehmenden Globalisierung bedrohe die *Entterritorialisierung* und *Entgrenzung* der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Beziehungen nationalstaatliche Handlungsweisen und Souveränität. Dass ausgerechnet ein Protagonist des Separatismus in Quebec so argumentiert, passt zur Argumentationsweise von Benjamin Barber, der prognostiziert, dass „...*im Spannungsfeld zwischen babylonischem Chaos und Disneyland*“ der Planet in immer kleineren Stücke zerbröcele und zugleich unfreiwillig immer enger zusammenrücken müsse.² Vereintigt sich in Kanada also das *babylonische Chaos* in Form des Quebecer Minderheitennationalismus mit dem *Disneyland* der kontinentalen wirtschaftlichen Integration gegen den kanadischen Bundestaat? Dies spiegelt in polemisch zugespitzter Form die gängige These der momentanen ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Globalisierungsdiskussion wieder, wonach die zunehmende internationale wirtschaftliche Integration zum Ende des Nationalstaats³, oder gar zum Ende der Demokratie führe.⁴ Wohlstand und Demokratie seien in die Globalisierungsfalle⁵ gegangen und würden zwischen Coca Cola und heiligem Krieg aufgerieben.⁶ Sowohl die neo-liberalen Befürworter der zunehmenden wirtschaftlichen Integration, als auch die Kritiker

¹ Zitiert in: D. Gamble: Separate Quebec Could Use U.S. Dollar: Duceppe, in: Montreal Gazette, 10. Dezember 1998.

² B. Barber: Coca Cola und heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Freiheit und Demokratie abschaffen, Bern 1995, S. 8.

³ K. Ohmae: The End of the Nation-State. The Rise of Regional Economies, New York 1995.

⁴ J.-M. Guéhenno: Das Ende der Demokratie, München 1996.

⁵ H.-P. Martin u. Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Wohlstand und Demokratie, Hamburg 1996.

⁶ Barber, 1996.

der Globalisierung argumentieren in dieser Art und Weise.⁷ Martin Albrow geht in seinem jüngsten Buch *Abschied vom Nationalstaat* sogar soweit, das Ende der Moderne und den Beginn des Globalen Zeitalters auszurufen.⁸ Wird der Nationalstaat demnach obsolet? Ist er den Kräften der Globalisierung einerseits und dem Bestreben subnationaler Akteure andererseits hilflos ausgeliefert? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen, die die Rolle, Funktion und die Bedeutung der staatlichen Akteure in den beschriebenen Prozessen thematisieren.

In Anlehnung an den Sammelband von Robert Boyer und Daniel Drache *States against Markets* soll dabei der Fokus auf die Grenzen der Globalisierung gelenkt werden.⁹ Oftmals erscheint die Globalisierung in der Diskussion als ein deterministischer, sich selbständig ausdehnender Prozess, an dessen Ende das Globale Zeitalter¹⁰ und ein in seinen Funktionen und Aufgaben weitgehend ausgehöhlter Nationalstaat steht. Genau gegen diese Annahme richtet sich die folgende Argumentation und fragt nach den verbleibenden und bisherigen Einflussmöglichkeiten staatlicher Akteure im Prozess der Globalisierung.¹¹ Dafür ist es unerlässlich zu untersuchen, welche Formen der Globalisierungsprozess bereits angenommen hat, welche treibenden Kräfte dahinter stehen und welche Perspektiven sich daraus für den Nationalstaat ergeben.¹²

⁷ Einen guten Überblick hierzu bietet M. Zürn: Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Ulrich Beck Hg.: *Politik der Globalisierung*, Frankfurt 1998, S.297-330.

⁸ M. Albrow: *Abschied vom Nationalstaat*, Frankfurt 1998. Fünf Aspekte rückt Albrow dabei in den Vordergrund: Die globalen Umweltfolgen, den Verlust jeglicher Sicherheit, die Globalität von Kommunikationssystemen, das Aufkommen einer globalen Ökonomie und die Reflexivität des Globalismus, ebd., S. 12.

⁹ R. Boyer u. D. Drache Hg.: *States Against Markets. The Limits of Globalization*, London 1996.

¹⁰ Vgl. Albrow 1998, S.15.

¹¹ Auch Jürgen Habermas sieht bedingt durch die Globalisierung einen Umkehrprozess: Die Volkswirtschaften seien nicht mehr in die staatlichen Grenzen eingebettet, sondern die Staaten in die Märkte. Vgl. Jürgen Habermas: *Der europäische Nationalstaat unter dem Druck der Globalisierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/99, S. 425-436, 426.

¹² Siehe zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Globalisierung und deren Einfluss auf Staaten Saskia Sassen: *Verlust der Kontrolle. Wie sich mit der Globalisierung die Funktionen von territorialen Einheiten verändern*, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.9.1999. Sassen kritisiert in ihrem Aufsatz die Grundannahme, dass mit der ökonomischen Globalisierung eine sinkende Bedeutung der Nationalstaaten einhergeht. Vgl. zur wirtschaftspolitischen Dimension der Globalisierung: Elmar Altvater: *Wirtschaftspolitik und Globalisierungstrilemma*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/99, S.1074-1082.

Im Rahmen dieses Aufsatzes können keine definitiven Antworten auf all diese Fragen gegeben werden. Es sollen lediglich einige Aspekte, die in der momentanen Diskussion als fast selbstverständlich gelten, in Frage gestellt werden, um so neue Impulse in die Diskussion zu bringen.¹³

Die Diskussion über die Aufgaben und Formen nationalstaatlicher Integrationsmodelle spielt auch in der Nationalismusforschung eine zentrale Rolle. Hier stehen Fragen der Integration von verschiedenen Klassen und Kulturen sowie nach der Legitimation von Herrschaft im Vordergrund. Folgt man der Argumentation von Albrow, so gehört die Nationalismusforschung bald gänzlich zur Geschichtswissenschaft, weil der Nationalstaat diese Funktionen im globalen Zeitalter nicht mehr erfüllen könne und über kurz oder lang zur Bedeutungslosigkeit reduziert würde. Diese von Albrow zugespitzte These der Krise nationalstaatlicher Institutionen zwischen McWorld und Dschihad - um die Formulierung von Barber aufzugreifen - ist nicht neu und zeigt sich stets vor dem Hintergrund von Bedrohungsszenarien. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg sprach man dem nationalstaatlichen Modell die Problemlösungskapazität in modernen Industriegesellschaften ab. In den 1960er Jahren kam dann der Nationalstaat unter Druck von unten: Ethnonationale Protestbewegungen stellten die etablierten Integrationsmechanismen in Frage. In den 1990er Jahren nun ist es die zunehmende internationale Integration in den verschiedensten Bereichen, die dem Nationalstaat seine Problemlösungskapazitäten raubt und so zu seiner Aushöhlung führe.¹⁴ Die ersten beiden Krisenwellen hat der Nationalstaat weitgehend unbeschadet überstanden. Wie steht es aber nun um die dritte Bedrohungswelle? Muß nicht weiterhin von einer starken Agilität des Staates in der Innenpolitik gesprochen werden, die auch zu einer Renaissance des Staates in der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion führte? erinnert sei nur an die Studien von Skocpol¹⁵ oder an die zahlreichen Studien zum Sozial- und Interventionsstaat, die Leslie Pal zu der Frage

¹³ Vgl. auch den Sammelband von Marianne Beisheim Hg.: *Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung*, Baden Baden 1999. Mit Hilfe hochaggrierter OECD-Daten versuchen die Autoren Trends der Denationalisierung in verschiedenen Bereichen in den OECD Ländern nachzuweisen.

¹⁴ Vgl. hierzu: B. Jessop: *Veränderte Staatstätigkeit*, in: D. Grimm Hg.: *Staatsaufgaben*, Baden Baden 1996, S. 43-74.

¹⁵ T. Skocpol, P. Evans u. D. Rueschemeyer Hg.: *Bringing the State Back In*, Cambridge 1985. Vgl. Grimm Hg., 1994.

veranlassten, ob der Nationalstaat auch in der Zukunft mehr sei als ein Papiertiger?¹⁶ Eine Relativierung der Bedrohungsthese einer zunehmende ökonomische Globalisierung findet sich auch und sogar bei Ulrich Beck - der mit seiner *Edition der Zweiten Moderne* die Globalisierungsdiskussion doch so forcierte - wenn er schreibt: „*Vielleicht lässt sich ökonomische Globalisierung im Langzeitvergleich mit Hilfe makroökonomischer Daten immer noch leugnen, unbezweifelbar aber ist, dass wir von nun an mit einer Wirklichkeit der Möglichkeit wirtschaftlicher Globalisierung in all ihren Dimensionen konfrontiert sind.*“¹⁷

Ob es nun um die Globalisierung an sich oder aber nur um die Wirklichkeit der Möglichkeit derselben geht: In jedem Falle fehlt der Globalisierungsdiskussion ein klar definierter Staatsbegriff. Nicht zu unrecht kritisieren jüngste Studien zum europäischen Integrationsprozess deshalb die Problematik der unitarischen Fiktion staatlicher Konzepte in der Integrationsdiskussion.¹⁸ Renaud Dehousse beispielsweise plädiert für eine sektoralisierte Herangehensweise, um die Frage nach den Kontrollverlusten staatlicher Akteure zu beantworten. Dehousse sieht zwar in einigen Bereichen durch Integrationsprozesse bedingte Verluste an Entscheidungsbefugnissen auf Seiten des Nationalstaat, aber gleichzeitig entstehen durch die zunehmende Fragmentierung der Entscheidungsstrukturen auch neue Interventionsbereiche für staatliche Akteure. Über eine solche differenzierte Herangehensweise gelangt Dehousse im Gegensatz zu vielen Vertretern der Globalisierungsthese zu dem Schluß, dass die Folgerung einer Schwächung des Staates völlig unzulässig sei und im Gegenteil einige Bereiche des Staates sogar von den Prozessen der supranationalen Integration profitieren würden.¹⁹

¹⁶ L. A. Pal: The State in Mind. The Future of the Nation-State, in: Ders. und R.O. Schulze Hg.: The Nation State versus Continental Integration, Bochum 1991, 360-374, S. 361.

¹⁷ U. Beck: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? - Eine Einleitung, in: Ders., Hg., 1998, S. 7-66, S. 23.

¹⁸ Einen interessanten Überblick über diese Diskussion bieten: M. Rhodes, P. Hayward u. V. Wright Hg.: Developments in Western European Politics, Basingstoke 1997.

¹⁹ R. Dehousse: European Integration and the Nation-State, in: M. Rhodes u.a. Hg.: 1997, S. 37-45, speziell, S. 38, 40ff und 52-53.

Um die aufgeworfenen Fragen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, bietet sich die periodisch wiederkehrende Diskussion in Kanada über die Probleme und Folgen der wirtschaftlichen Integration auf dem nordamerikanischen Kontinent und die Problematik des Quebecer Minderheitennationalismus bestens an. Hier treffen die beiden den Nationalstaat bedrohenden Prozesse der Integration und der Fragmentierung direkt aufeinander. Die traditionell schwache Rolle des kanadischen Nationalstaats und die Abgrenzung Kanadas gegenüber den USA werden schon seit dem Zusammenschluss zur kanadischen Föderation 1867 kontrovers diskutiert. Verstärkt durch den sich seit den 1960er Jahren zunehmend separatistisch artikulierenden Minderheitennationalismus der Provinz Quebec sah sich der kanadische Bundestaat zudem mit einer ernsthaften Integrationskrise konfrontiert. Zwei Unabhängigkeitsreferenden in der frankophonen Provinz 1980 und 1995 sind die bisherigen Höhepunkte eines Fragmentierungsprozesses, der fast zum Auseinanderbrechen des kanadischen Bundesstaates geführt hätte. Anhand dieses Beispiels können einerseits die Reaktionsmuster und Handlungsmöglichkeiten des Staates in den Prozessen der Integration und der Fragmentierung genauer untersucht werden und andererseits kann das Verhältnis von kontinentaler Integration zu dem Quebecer Minderheitennationalismus analysiert werden. Welche Rolle spielt der Minderheitennationalismus in der Integrationsdebatte und umgekehrt?

Die folgenden Ausführungen untergliedern sich grob in zwei Themenkomplexe und sollen der Überprüfung von drei zentralen Hypothesen dienen, die hier schon vorab vorgestellt werden sollen:

Im ersten Teil sollen die Integrationsprozesse der kanadischen nationalen Wirtschaft in den internationalen Handel nachgezeichnet werden. Dabei soll die **erste These** überprüft werden, wonach eine Globalisierung in Kanada nicht stattfindet, sondern lediglich eine Regionalisierung im Sinne einer Kontinentalisierung.

Eng damit verbunden ist die Überprüfung der **zweiten These**, die in dieser Kontinentalisierung, bzw. der Einbindung in den nord-, bzw. pan-amerikanischen Markt keine Bedrohung der politischen Handlungsfähigkeit des kanadischen Staates sieht, sondern eine langfristige politische Strategie zur Sicherung ökonomischer Wachstumschancen und staatlicher Integration.

Der zweite Teil der Diskussion widmet sich dann der Problematik nationaler Minderheitenbewegungen am Beispiel der frankophonen Provinz Quebec, ein Thema, das auch in der Globalisierungsdiskussion insgesamt eine bedeutende und ambivalente Rolle spielt. Folgt man der Argumentation von Barber, so präsentiert sich Minderheitennationalismus gleichsam als ein Art feindlicher Verbündeter der Globalisierung im Kampf gegen das nationalstaatliche Ordnungsmodell und die Demokratie.²⁰ Ähnlich argumentiert auch Klaus Bockmann speziell mit Blick auf Kanada, wenn er im Regionalismus zwar ein Gegenphänomen der Globalisierung sieht, jedoch eine Allianz dieser beiden Prozesse feststellt, die zu einem Funktionsverlust bei den staatlichen Akteuren führe.²¹ Gleichzeitig verweist Bockmann aber auch auf die Probleme, die die Globalisierung für die Quebecer Sprachenpolitik impliziert.²² Auch Michael Zürn sieht im Minderheitennationalismus eine Reaktion auf die Globalisierung. Letztere, so Zürn, hebe die Übereinstimmung von wirtschaftlichen und politischen Räumen auf, was die Effektivität des nationalstaatlichen Regierens beeinträchtigt und somit soziales Zerstörungspotential schaffe. In dessen Folge formiere sich ein Widerstandskampf des Lokalen gegen das Globale.²³ In Abgrenzung zu diesen Einschätzungen soll aber gezeigt werden und das ist zugleich die **dritte These**, dass die staatliche Handlungsfähigkeit und Integrität Kanadas durch die internen Regionalismen zwar in Frage gestellt wird, diese Regionalismen allerdings nicht in Reaktion auf Globalisierung bzw. Kontinentalisierung entstanden sind, wie Barber behauptet, sondern die kontinentalen Integrationsprozesse aktiv unterstützen.

2. Der kanadische Staat zwischen Kontinentalisierung und Dezentralisierung

In der über hundertdreißig-jährigen Geschichte der kanadischen Föderation stehen zwei Probleme immer wieder im Mittelpunkt der politischen und wissenschaftlichen Diskussion:

²⁰ Barber sieht einen Kampf zwischen Globalisierung (Kapitalismus) und Fragmentierung (Fundamentalismus), dessen Verlierer aber vor allem der Nationalstaat ist, der zwischen diesen beiden Prozessen aufgerieben wird. Vgl. Barber 1996, S. 8 und S. 233-264.

²¹ K. Bockmann: Globalisierung und Quebecer Sprachennationalismus, in: Zeitschrift für Kanada Studien 17, 2, 1997, S. 58-69, S.60f.

²² Ebd., S.63.

²³ Zürn in: Beck Hg., 1998, S. 297.

die Integration verschiedener politischer und kultureller Interessen in das politische System²⁴ und die Abgrenzung des kanadischen Staates von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die historische Grundlage dieser Diskussion bietet bis heute die unter dem ersten kanadischen Premierminister MacDonald initiierte *national policy*, eine auf die Ost-West-Achse Kanadas konzentrierte Wirtschaftspolitik, deren Zielsetzung und Erfolg anhand der Entwicklung der kanadischen Eisenbahnlinien exemplarisch verdeutlicht werden kann. Mit seiner zentralistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik verfolgte MacDonald eine doppelte Zielsetzung: Die Schaffung eines einheitlichen und geschlossenen kanadischen Wirtschaftsraumes, dessen Grenzen zugleich eine Schutzfunktion gegenüber den wirtschaftlichen und kulturellen Einflüssen der USA einnehmen sollte - also Integration nach Innen und Abgrenzung nach Außen. Die wirtschaftlichen Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg setzen aber Prozesse in Gang, die auf eine Umkehrung dieser ehemals verfolgten Ziel hindeuteten: Zunehmende wirtschaftliche Integration auf dem nord-amerikanischen Kontinent, also entlang einer Nord-Süd Achse und verstärkte ökonomische und zum Teil auch politische Fragmentierung und Balkanisierung in Kanada entlang der einzelnen kanadischen Provinzen.²⁵ Und genau diese beiden Bereiche, die interne Dimension des kanadischen Wirtschaftsraumes und die externe Dimension der kontinentalen ökonomischen Integration, bilden die beiden Schwerpunkte der jüngsten kanadischen Debatte um die Zukunft der kanadischen Föderation in einer internationalisierten Welt.

Der kanadische Wirtschaftsraum: die interne Dimension

Angestoßen durch verschiedene wissenschaftliche Studien entwickelte sich in den letzten Jahren in der kanadischen Öffentlichkeit eine intensive Diskussion, in der die Problematik des kanadischen Wirtschaftsraumes in all ihren Facetten und Folgen erneut erörtert wird. Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der kanadischen ökonomischen und sozialen Union, die

²⁴ Siehe zu den verfassungspolitischen Diskussionen dieser Problematik: R. L. Watts u. D. M. Brown Hg.: *Options for a New Canada*, Toronto 1991; einen guten Überblick über die restlichen Problemfelder mit weiterführenden Literaturhinweisen bieten: J. P. Bickerton u. A.-G. Gagnon Hg.: *Canadian Politics*, Scarborough 1994.

²⁵ Zur Problematik der zunehmenden Integration in den nordamerikanischen Kontinent vgl.: G. Gherson: *Canada Being Pulled into Integrated North American Economy*, in: *The Ottawa Citizen*, 2. Februar 1997.

in Anlehnung an die von MacDonald verfolgte *national policy* die kanadische Identität stärken und Kanada gleichzeitig deutlich von den USA abgrenzen soll. Die internen Strukturprobleme des kanadischen Wirtschaftsraumes bilden einen Schwerpunkt der Diskussion.²⁶ Hier geht es um das Problem eines einheitlichen kanadischen Wirtschaftsraumes und die Frage, wie die beobachtbaren ökonomischen Fragmentierungstendenzen entlang der einzelnen Provinzengrenzen gestoppt werden können.²⁷ Daniel Schwanen schlägt in einer Studie vor, das kanadische *common economic citizenship* zu stärken.²⁸ Das von den kanadischen Provinzen 1994 unterzeichneten und am 1. Juli 1995 in Kraft getretene *Agreement on Internal Trade (AIT)* beschreibt Schwanen in dieser Hinsicht als einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung. Mit dem *AIT* versuchten die kanadischen Provinzregierungen und die föderale Regierung gemeinsame Prinzipien und Mechanismen zu etablieren, die den freien Fluss von Personen, Gütern und Dienstleistungen im gesamtkanadischen Markt sichern sollen.²⁹ Darüber hinaus sollten Konfliktlösungsmechanismen bei Handelsstreitigkeiten zwischen den einzelnen Provinzen etabliert werden. Folgende fünf generelle Bestimmungen sind im *AIT* enthalten: **1.** Nicht-Diskriminierung: die Provinzen einigen sich auf eine Gleichbehandlung von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Investitionen und die Bundesregierung verpflichtet sich, keine Provinz zu bevorzugen, **2.** dürfen die Regierungen der beteiligten Provinzen keine Import- und Exportkontrollen jeglicher Art durchführen, **3.** dürfen allgemein keinerlei Handelshindernisse etabliert werden, **4.** sollen in allen Provinzen gleiche Standards gelten und **5.** sollen diese Standards durch Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung aufeinander abgestimmt werden. Schwanen fordert über die Ziele des *AIT* hinausgehend noch die Einsetzung einer *blue ribbon commission*, die weitere Dezentralisierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der föderalen *policy*-Koordinierungsfunktion vorantreiben soll.

²⁶ Angestossen und maßgeblich vorangetrieben wird diese Diskussion von zwei kanadischen *think tanks*: dem C.D. Howe Institut und der Canada West Foundation.

²⁷ Vgl. zur anhaltenden ökonomischen Disparität zwischen den kanadischen Provinzen Serge Coulombe: *Economic Growth and Provincial Disparity. A new view of an old Canadian problem*(C.D.Howe Institute). Toronto 1999.

²⁸ Daniel Schwanen: *Drawing on Our Inner Strength: Canada's Economic Citizenship in an Era of Evolving Federalism*, The Canadian Union Papers (C.D. Howe Institute), Toronto 1996.

²⁹ Siehe zu den Einzelheiten und zur Kritik am *AIT*: G. F. Parsons u. P. L. Arcus: *Interprovincial Trade and Canadian Unity*, Canada West Foundation 1996.

Ähnlich, jedoch skeptischer als Schwanen argumentiert Robert Howse in seiner Studie *Securing the Canadian Economic Union*.³⁰ Howse sieht erhebliche Defizite bei den Implementierungsmechanismen des AIT, die noch einiger Nachbesserungen bedürften. Über Schwanen hinausgehend fordert Howse zusätzlich verstärkte Anstrengungen, um die intra-kanadischen Handelsbarrieren mit verfassungsmäßigen Instrumentarien zu beseitigen. Auch Graham Parson und Peter Arcus kritisieren in ihrer Arbeit, dass es in Kanada keinen erkennbaren Willen oder gar eine Institution gibt, um Handelsstreitigkeiten im innerkanadischen Handel zu beheben. Verstärkte inter-provinzielle Handelsbarrieren gefährden die kanadische Einheit und müssten durch Maßnahmen wie das AIT bekämpft werden, um so die kanadische Wirtschaftsunion zu retten.³¹

Hier wird zwar deutlich, welchen begrenzten Handlungsspielraum der kanadische Staat nach innen hat, aber dies ist weniger auf die Prozesse der kontinentalen Integration zurückzuführen, als vielmehr auf die spezifischen Probleme des kanadischen Föderalismus, der durch seinen zunehmenden Kompetenzzuwachs auf der Provinzebene einer Balkanisierung des kanadischen Staates Vorschub leistet, was auch Folgewirkungen für die ökonomische Union hat. Parsons und Arcus verdeutlichen diesen Aspekt in ihrer Studie anhand der kanadischen *crown cooperations*, deren strukturelle Verankerung in der kanadischen Föderation zeigt, wie die implementierte Struktur der öffentlichen Verwaltung und der Städte entlang der Provinzgrenzen zu einer Balkanisierung des kanadischen Staates führe.³²

Hier kann aber nicht von einer generellen Machtlosigkeit des kanadischen Bundestaates aufgrund von Globalisierung und Fragmentierung gesprochen werden. Vielmehr ist der hier zu Tage tretende Reformstau auf die im kanadischen Föderalismus implementierten mangelhaften Konfliktlösungsmechanismen zurückzuführen. Diese ‚hausgemachten Probleme‘ sind nicht neu und können historisch begründet werden. Zusätzliches Konfliktpotential resultiert aus dem Quebecer Minderheitennationalismus und dessen Forderungen nach einer grundlegenden Reform der bundesstaatlichen Ordnung. Unterschiedliche Konzeptionen der kanadischen

³⁰ R. Howse: *Securing the Canadian Economic Union. Legal and Constitutional Options for the Federal Government*, C.D. Howe Institute Commentary, Toronto 1996.

³¹ Parsons u. Arcus, 1996.

³² Edb., S. 3ff.

Föderation stehen sich fast unauflöslich gegenüber: auf der einen Seite die *dualistische Konzeption* der frankophonen Nationalisten, die im kanadischen Bundestaat einen Zusammenschluss von zwei *founding nations* sehen - den anglophonen und den frankophonen Kanadiern. Dem gegenüber steht das *Gleichheitskonzept*, das vor allem von den westlichen Provinzen vertreten wird, wonach die kanadische Föderation aus gleichberechtigten Provinzen bestehe. Zwischen diesen beiden Positionen steht die Bundesregierung, die versucht zwischen den gegensätzlichen Standpunkten zu vermitteln. Dieses Interessendreieck aus westlichen Provinzen, Quebec und kanadischer Bundesregierung blockiert nicht nur verfassungspolitische Reformen, sondern hat auch eine Art *spill over-Effekt* auf andere Reformbereiche und -diskussionen. Hervorzuheben bleibt allerdings, dass in der Diskussion um die Probleme des innerkanadischen Wirtschaftsraumes auch immer wieder nach einem stärkeren Eingreifen des Staates gerufen wird. Hier sieht es nicht so aus, als ob das Vertrauen der Bevölkerung in die historisch begründet schwache Problemlösungskapazität des kanadischen Staates weiter zurückgegangen ist.

Die kontinentale Integration in Nordamerika: die externe Dimension

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildet das Freihandelsabkommen mit den USA und dessen Folgen für den kanadischen Wirtschaftsraum. Die Daten verschiedener Studien zeigen eindeutig, dass seit der Implementierung des Freihandelsabkommens mit den USA der Handel zwischen den beiden Staaten drastisch zugenommen hat. Hierfür sind vor allem die im Abkommen liberalisierten Sektoren verantwortlich. Dabei muß hervorheben werden, dass in der Diskussion immer von Kontinentalisierung oder Regionalisierung im Sinne kontinentaler wirtschaftlicher Deregulierung und nicht von Globalisierung gesprochen wird, was die erstgenannte These bestätigt.³³ Unter dem Einfluß des Freihandelsabkommens mit den USA haben sich die kanadischen Exporte in die Vereinigten Staaten um fast 100% gesteigert, während die Exporte nach Japan oder Europa im gleichen Zeitraum nur um ein Drittel angestiegen sind.³⁴ Für die Importe lassen sich ähnliche Daten anführen. Tabelle 1 und Tabelle 2 zeigen eindeutig die Konzentration der kanadischen Im- und Exporte auf dem nordamerikanischen Kontinent.

³³ Vgl. die Daten aus Tabelle 1 und Tabelle 2.

³⁴ Vgl. Schwanen, 1996, S.7.

Solche Ergebnisse lassen sich nicht nur im nordamerikanischen Raum beobachten. So hat Rudolf Welzmüller mit seinen Untersuchungen gezeigt, dass der internationale Handel fast ausschließlich auf einzelne Weltregionen beschränkt ist und zumeist nicht mehr als ein Regionalhandel unter Präferenzverträgen darstellt.³⁵ Solche Abkommen im regionalen Bereich können weltweit schon seit längerer Zeit verfolgt werden. Im globalen Maßstab sind Handelsliberalisierungen erst mit dem GATT-Abkommen und der Uruguay Runde versucht worden, was aber bislang kaum Einfluß auf die regionalen Integrationsprozesse in der Triade Nordamerika, Europa und Asien hat.³⁶ Polemisch spricht Ulrich Dolata deswegen von einem Phantom der Globalisierung.³⁷ Seine Untersuchung zur Regionalstruktur des westdeutschen Handels zeigen eindeutig, dass nur von einer Europäisierung, nicht aber von einer Globalisierung des Welthandels gesprochen werden kann.³⁸ Auch bei einer sektoralisierten Betrachtungsweise der Handelsströme kommt ein starkes Gefälle in der Exportorientierung und der Auslandsproduktion zum Vorschein.³⁹ Diese sektorale Gefälle ist auch am kanadischen Beispiel zu beobachten. Der bilaterale Handel zwischen den USA und Kanada wuchs in den liberalisierten Sektoren viel schneller und deutlicher als in den nichtliberalisierten Sektoren.⁴⁰

Zwei Aspekte aus diesem Bereich sollen für die Bestätigung der zweiten These, die den Handlungsspielraum der staatlichen Akteure thematisiert, festgehalten werden: Erstens gibt der kanadische Staat Richtlinien für die Liberalisierung einzelner Wirtschaftssektoren vor. So kann er einzelne Wirtschaftsbereiche weiterhin schützen und anderen Wirtschaftssektoren zusätzliche Absatzmärkte erschließen. Der zweite und noch wichtigere Aspekt betrifft die Mechanismen der Konfliktregulierung zwischen denen am Freihandel beteiligten Staaten.

³⁵ R. Welzmüller: Zu den Folgen der Globalisierung für die nationalen Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 33/34, 1997, S. 20-28, S.21.

³⁶ Ähnliche Schlußfolgerungen finden sich auch bei A. Wyatt-Walter: *Regionalism, Globalization, and World Economic Order*, in: L. Fawcett u. A. Hurrell Hg.: *Regionalism in World Politics*, Oxford 1995, S.74-121, S. 74f.

³⁷ Ulrich Dolata: *Das Phantom der Globalisierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1, 1997, S. 100-104.

³⁸ Ebd., S. 101ff.

³⁹ Ebd., S. 103.

⁴⁰ Vgl. hierzu die Daten bei Schwanen, 1996, S. 8.

Tabelle 1: Importe nach Kanada (in % an den Gesamtimporten)

	1992	1993	1994	1995	1996
U.S.A.	65.17 %	66.99 %	67.75 %	66.82 %	67.55 %
Japan	7.27 %	6.31 %	5.61 %	5.36 %	4.48 %
U.K.	2.77 %	2.63 %	2.48 %	2.43 %	2,54 %
Mexico	1.87 %	2.18 %	2.23 %	2.37 %	2.58 %
Germany	2.39 %	2.07 %	2.16 %	2.13 %	2.07 %
France	1.82 %	1.34 %	1.24 %	1.38 %	1.46 %
Rest	18.71 %	18.48 %	18.59 %	19.51 %	19.32 %

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Daten von Strategis: Trade Data Online, <http://strategis.ic.gc.ca>

Binationale Panels wurden im Rahmen des *Free trade agreements* zwischen den USA und Kanada eingerichtet, um über weitere Maßnahmen der ökonomischen Integration zu verhandeln.⁴¹ Hier wird also deutlich, dass bei der zunehmenden internationalen ökonomischen Integration nicht von einem selbstgesteuerten Prozess gesprochen werden kann, dem die beteiligten Staaten weitgehend machtlos gegenüberstehen.⁴² Die beteiligten Staaten geben den

Tabelle 2: Export aus Kanada (in % der Gesamtexporte)

	1992	1993	1994	1995	1996
U.S.A.	76.79 %	80.23 %	81.14 %	79.09 %	81.29 %
Japan	4.82 %	4.75 %	4.52 %	4.79 %	4.02 %
U.K.	1.97 %	1.60 %	1.49 %	1.51 %	1.47 %
Germany	1.42 %	1.37 %	1.03 %	1.27 %	1.22 %
France	0.89 %	0.70 %	0.63 %	0.77 %	0.65 %
Rest	14.11 %	11.35 %	11.19 %	12.33 %	

Quelle: Vgl.

Tabelle 1.

⁴¹ Vgl. G. R. Winham: Disput Settlement in NAFTA and FTA, in: S. Globermann und M. Walker Hg.: *Assessing NAFTA: A Trinational Analysis*, Vancouver 1993, http://www.fraserinstitute.ca/books/assess_nafta/dispute.html.

⁴² Vgl. zur These der Schwächung des kanadischen Staates D. Drache: *The Post-National State*, in: J. Bickerton u. A. Gagnon Hg.: *Canadian Politics*, Scarborough 1994, S. 549-567.

Rahmen und die Richtung im Interesse der eigenen nationalen wirtschaftlichen Akteure weitgehend vor.⁴³ In diesem Bereich deuten sich Tendenzen an, dass die staatlichen Akteure sich von regelsetzenden Institutionen zunehmend in anreizschaffende Institutionen transformieren. Von einem Bedeutungsverlust staatlicher Akteure zu sprechen, erscheint allerdings unangebracht.

Aber nicht nur im Bereich regionaler Wirtschaftsräume treten die beteiligten Staaten auch weiterhin als bestimmende Akteure auf. Auch ein Blick auf die Ausgaben der föderalen Regierung in Kanada lassen die These vom Absterben des Nationalstaates als schwer nachvollziehbar erscheinen. Die Ausgaben der Regierung in Kanada lagen 1984/85 noch bei 115,059 \$ Mrd. und sind bis 1995/96 auf 177,703 \$ Mrd. angestiegen.⁴⁴ Die Daten für alle Regierungsebenen sind in Tabelle 3 zusammengerechnet und ergeben eine noch drastischere Steigerung. Hier kann also keinesfalls von einer Trendwende der Entwicklung gesprochen werden, die dem Staat in der Entwicklung zum modernen Wohlfahrtsstaat nach dem 2. Weltkrieg eine zunehmend dominierende Rolle in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft zukommen ließ. Ein Vergleich der föderalen Ausgaben aus den früheren Jahren belegt diese Entwicklung: 1933 lagen die Ausgaben der kanadischen Regierung noch bei 444 \$ Mio. und 1960 bei nur 6,435 \$ Mrd., einem Bruchteil der heutigen Ausgaben.⁴⁵ Dabei muss aber beachtet werden, dass die Ausgaben-zuwächse auf den unteren Regierungsebenen stärker ausfielen als auf der bundestaatlichen Ebene. So stiegen die Ausgaben auf der Bundesebene im Zeitraum von 1984 bis 1994 um 59,177 \$Mrd., während die Ausgaben auf der Ebene der Provinzen um 77,676 \$Mrd. angestiegen sind.⁴⁶ In diesen Zahlen spiegelt sich auch der Bedeutungszuwachs der subnationalen Regierungsebenen wieder, deren zentrifugale Kräfte sich auch auf den kanadischen Bundesstaat auswirken.

⁴³ Vgl. hierzu auch die jüngsten Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und Kanada. G. Fraser u. B. McKenna: U.S. Plots 4-Sector Trade War, in: *The Globe and Mail*, 12. Januar 1999.

⁴⁴ Statistics Canada, *Canada Yearbook 1997*, Ottawa 1996, S. 459.

⁴⁵ M.C. Urquhart u. K.A.K. Buckley Hg.: *Historical Statistics of Canada*, Toronto 1965, S. 206f.

⁴⁶ Errechnet aus den Daten von Statistics Canada, *Canada Yearbook 1997*, Ottawa 1996, S. 458-460.

Tabelle 3: Konsolidierte Einnahmen und Ausgaben aller kanadischen Regierungsebenen in \$Mrd.

	1986-87	1988-89	1990-91	1992-93	1994-95
Einnahmen	191,062.8	234,223.7	275,494.8	283,051.6	303,005.0
Ausgaben	234.060.4	266,723.2	317,560.7	349,187.7	357,568.5

Quelle: Statistics Canada, Canada Yearbook 1997, Ottawa 1996, S. 458.

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Kontinentalisierungsprozesse in Nordamerika sieht es nicht so aus, als ob der kanadische Staat - gehetzt von den Kräften der Globalisierung - eine Öffnung des nationalen Marktes forcieren und dabei eigene Hoheitsbereiche ohne Gegenwehr anderen Akteuren überlasse. Die kanadische Außenpolitik war traditionell ausgerichtet auf eine Politik des Multilateralismus und der extra-regionalen Beziehungen.⁴⁷ Dies änderte sich erst Mitte der 1960er Jahre mit der Öffnung auch nach Lateinamerika. Ein wichtiges Argument dabei war die ökonomische Sicherheit. Das Freihandelsabkommen mit den USA wurde als Mittel gegen den stärker werdenden US-Protektionismus interpretiert. Mit einer ausgewogenen Strategie von wirtschaftlicher Integration und multilateralen Verhandlungen wollte die kanadische Regierung eine Isolation des kanadischen Marktes verhindern. Dabei ist ein wichtiger Trend in der nordamerikanischen Außenpolitik zu beachten, der die Integrationsbestrebungen auf dem nordamerikanischen Kontinent nach Meinung von Charles Doran stark von den europäischen Bestrebungen zur Integration unterscheidet: Effizienzsteigerungen durch einen gemeinsamen Markt werden befürwortet, solange dies nicht auf Kosten eines staatlichen Souveränitätsverlustes geht.⁴⁸

Die ersten kanadischen Initiativen der liberalen Regierung unter Premierminister Pierre Trudeau zu Beginn der 1980er Jahre sahen in der Liberalisierung des Handels in einigen Sektoren eine gewünschte Stimulierung für die kanadische Wirtschaft. Ein solcher sektoraler Ansatz wurde aber von US-amerikanischer Seite strikt abgelehnt.⁴⁹ Unter der nachfolgenden

⁴⁷ Vgl. A. Hurrell: Regionalism in the Americas, in: ders. U. U. Fawcett Hg., 1995, S. 250-282, S. 269.

⁴⁸ Vgl. zu dieser These: C. F. Doran: When Building North America: Deepening Before Widening, in: Ders. u. A.P. Drischler Hg.: A New North America. Cooperation and Enhanced Economic Interdependence, Westport 1996, S.65-90, S. 76f.

⁴⁹ Vgl. zu dieser Diskussion: A. E. Safarian: The FTA and NAFTA: One Canadians' Perspective, in: Doran Hg., 1996, S.29-48, insb. S. 29ff.

Tabelle 4: Konsolidierte Einnahmen und Ausgaben der Provinzen und Territorien in \$ Millions

	1986-87	1988-89	1990-91	1992-93	1994-95
Einnahmen	100,744.7	123,543.8	142,606.8	145,179.4	159,633.7
Ausgaben	112,845.4	128,604.2	151,418.2	171,725.1	175,434.5

Quelle: Statistics Canada, Canada Yearbook 1997, Ottawa 1996, S. 460.

konservativen kanadischen Regierung unter Premierminister Brian Mulroney wurden dann die Weichen für ein bilaterales Abkommen mit den USA gestellt, das dann später im Rahmen von NAFTA auch auf Mexico ausgeweitet wurde. Obwohl das *Free Trade Agreement* mit den USA die erwarteten und positiven Folgen für die kanadische Wirtschaft zeigte, gestaltete sich das Abkommen für die Konservative Partei in Kanada desaströs. Die Gründe hierfür liegen aber nicht, wie es die Globalisierungstheorie nahelegt, in deterministischen Prozessen oder der Hilflosigkeit staatlicher Akteure selbst, sondern in der mangelhaften Implementierung des Abkommens. Die vorhersehbaren negativen Folgen des Abkommens für bestimmte Sektoren, Gruppen und Regionen wurden nicht ausreichend ausgeglichen und machten dann in Phasen wirtschaftlicher Rezession eine *Anti-Free Trade* Argumentation einfach und plausibel. Dass hinter dieser *Anti-Free Trade* Kampagne indes ganz andere politische Interessen und Themen standen und dass die ökonomische Entwicklung dafür lediglich instrumentalisiert wurden, zeigt Pierre Martin, der die enge Verknüpfung des Freihandelsabkommens mit dem *Meech Lake Abkommen* thematisiert und zu Recht von einer reinen Instrumentalisierung der Freihandelspolitik in der Debatte über das Abkommen spricht.⁵⁰ Dies bestätigen auch die Daten von Schwanens Studie über die Auswirkungen des Freihandelsabkommens auf den kanadischen Markt. Die Arbeitsmarktkrise in Kanada in den 1990er Jahren kann demnach keinesfalls auf die Folgen des *Free Trade Agreements* zurückgeführt werden, wie dies von den Kritikern des Freihandelsabkommens behauptet wird, und auch der Investitionsfluss auf dem nordamerikanischen Kontinent hat sich durch das Freihandelsabkommens für Kanada positiv entwickelt.⁵¹

⁵⁰ Martin, 1995, S.19.

⁵¹ Vgl. Schwanen, 1996, S. 24; Vgl auch jüngere Untersuchungen: J. Beltrame: NAFTA Impact 'Modest,' U.S. Government Says, in: The Ottawa Citizen, 12. Juli 1997 ; E. Beauchesne: Canada Ranks as Best Place for Investment, in: The Ottawa Citizen, 10. Oktober 1997 und J. Bertrame:

Hier ist ein zweiter wichtiger und strittiger Punkt der Globalisierungsdiskussion erreicht, das Verhältnis der Prozesse von Regionalisierung und Globalisierung zueinander. Oftmals wird Regionalisierung als eine Zwischenetappe auf dem Weg zur Globalität beschrieben. Der nordamerikanische Kontinentalisierungsprozess läßt hingegen eine Interpretation zu, die Regionalisierung als eine Art Gegenkraft zu den Folgen von Globalisierung erscheinen lässt. Ähnlich argumentieren Gamble und Payne, wenn sie Regionalisierung als staatliches Projekt definieren, als ein Ergebnis von Verhandlungsprozessen zwischen Staaten.⁵² Hier werden dann die Handlungsräume und -möglichkeiten hervorgehoben, die in den globalisierungstheoretischen Annahmen nicht existieren. Gamble und Payne diagnostizieren in ihrer Studie einen gegensätzlichen Charakter von regionalistischen Projekten und dem Prozess der Globalisierung und betonen die Bedeutung der staatlichen Akteure als Schlüsselebene einer Theorie der globalen Ökonomie.⁵³ Globalisierung und Regionalisierung werden dabei verstanden als eine Kombination aus emergenten Strukturen, einer komplexen Artikulation etablierter Institutionen und Regeln, sowie neuer Formen sozialer Interaktion zwischen nicht-staatlichen Akteuren.⁵⁴

Die Vielzahl von Definitionsvorschlägen zum Konzept der Regionalisierung erschweren die Diskussion. In den 1960er und 1970er Jahren definierte die Forschung Regionen nach dem Grad der internen Kohäsion. Diese konnte sozial (Ethnizität, Rasse, Kultur, Sprache), ökonomisch (Handelsmuster, ökonomische Komplementarität), politisch (Regimetyp, Ideologie) oder organisatorisch (regionale Institutionen) verstanden werden. Eine klare wissenschaftliche Definition ist aber aufgrund der breiten Palette gegensätzlicher Erklärungsschemata nie zustande gekommen. Die Vielzahl von Phänomenen, die mit dem Begriff der Regionalisierung beschrieben werden, lassen sich in folgenden Kategorien zusammenfassen:⁵⁵

1. *Regionalisierung als gesellschaftliche Integration* in einem bestimmten Raum. In dieser

Canada Big NAFTA Winner, in: The Ottawa Citizen, 11. Juli 1997.

⁵² A. Gamble u. A. Payne: Conclusion: The New Regionalism, in: Dies.: Hg.: Regionalism and World Order, London 1996, S. 247-264, S. 249.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd., S. 250.

⁵⁵ Ich folge hier im wesentlichen A. Hurrell: Regionalism in Theoretical Perspective, in: Ders. u. L. Fawcett Hg., 1996, S. 37-73, S. 39ff.

informellen Regionalisierung, die man auch als *soft regionalism* bezeichnen könnte, führen autonome ökonomische Prozesse zu einem höheren Level der ökonomischen Interdependenz in einem bestimmten geographischen Raum. Die hierbei wirkenden Kräfte sind der Markt, privater Handels- und Investitionsfluss und private Firmenpolitik. Nach diesen Kriterien ist Regionalisierung keine bewusste Staatspolitik und hat auch keine Folgen für die Beziehung zwischen Staaten.

2. Eine zweite Kategorie von Regionalisierung stellt das *regionale Bewusstsein* oder die *regionale Identität* in den Mittelpunkt der Betrachtung. Innerhalb dieser Kategorie bewegen sich auch die Mehrzahl der Ansätze zur Erklärung von Minderheitennationalismen. Hier spielen Konzepte wie *region building* oder bezogen auf den kanadischen Fall *province building* eine zentrale Rolle.

3. Im Mittelpunkt der dritten Kategorie von Regionalisierung steht die *regionale zwischenstaatliche Kooperation*. Hierbei handelt es sich um staatlich geförderte regionale Integration, die mit den Dimensionen der Größe, Zentralisierung und Institutionalisierung gemessen werden kann. Und auch innerhalb dieser drei Kategorien gibt es noch weitere Differenzierungen, die eine einheitliche Definition behindern. Diese unterschiedlichen Bedeutungen des Begriffes Regionalisierung und Regionalismus führen auch in der momentanen Globalisierungsdiskussion zu vielfältigen Missverständnissen, werden hier doch Entwicklungen mit dem gleichen Begriffen beschrieben, die sich beispielsweise bei Barber als Feinde gegenüber stehen: So schreibt Barber: „*Dies hieße Balkanisierung von Nationalstaaten, bei der Kultur gegen Kultur, Volk gegen Volk, Stamm gegen Stamm hetzt, ein Dschihad im Namen hundert blinder Glaubensrichtungen gegen jede Spielart von Interdependenz, gegen jede hochentwickelte soziale Kooperation und gegenseitige Unterstützung, gegen Technik, Popkultur und Marktverflechtung, gegen die Modernen als solche und zugleich gegen die Zukunft, in die diese Moderne mündet.*“⁵⁶ Die gegensätzlichen und verfeindeten Kräfte, die Barber hier am Werk sieht, werden in den unterschiedlichen Ansätzen mit den gleichen Begriffen beschrieben.

Aber nicht nur die begrifflichen Verwirrungen sollen hier gegen die Argumente im Stile Barbers herangezogen werden. Auch die Realität orientiert sich nicht an einer theoriekonformen Handlungsweise im Sinne Barbers. In immer stärkeren Masse plädieren auch nationalisti-

⁵⁶ Barber, 1996, S. 8.

sche Minderheitenbewegungen in Europa und Nordamerika für eine zunehmende übernationalstaatliche wirtschaftliche Integration. Der konventionell angenommene Zusammenhang von Nationalismus und Protektionismus wird damit zunehmend obsolet.⁵⁷ In Québec, aber auch in Schottland oder Katalonien, rechtfertigen nationalistische politische Eliten ihr Engagement für wirtschaftliche Integration mit ihrer nationalistischen Konzeption. Im folgenden Kapitel soll der Zusammenhang zwischen Nationalismus und Freihandelsorientierung am Beispiel der frankophonen Provinz Québec genauer betrachtet werden.

3. Nationalismus und Freihandel in Québec

Die auf internationale Integration ausgerichtete Strategie der Nationalisten in Québec kann anhand eines Zitats von Jacques Parizeau in exemplarischer Weise dargestellt werden: „*We must join the international tendency, so promising at the end of this century, where countries that are small in terms of their population and the size of their economies can develop, prosper, blossom, on the condition that they belong to a very large market. The theory according to which Québec nationalists close in on themselves is a view that hinders... We have no choice. And that's fine. We are more and more capable of penetrating the global village.*“⁵⁸ Jacques Parizeau war Wirtschaftsminister in Québec unter René Lévesque - der Symbolfigur der *Stillen Revolution* - und lange Zeit selbst Premierminister Québecs. Dieses Amt musste er erst nach dem gescheiterten Unabhängigkeitsreferendum der frankophonen Provinz 1995 aufgrund massiver Proteste abgeben, weil er in einer Rede kurz nach dem Referendum das *ethnic vote* für das Scheitern des Referendums verantwortlich gemacht hatte. Parizeau gilt noch heute als einer der Hardliner in den Reihen des Parti Québécois im Hinblick auf die Frage der Unabhängigkeit. Doch gleichzeitig ist er ein Verfechter von zunehmender wirtschaftlicher Integration und betrachtet den Freihandel als einen Schlüssel zur Souveränität Québecs.⁵⁹ Sogar die Bundesregierung in Ottawa sah in Parizeau einen fähigen und frei-handelsorientierten Politiker, sonst hätte Brian Mulroney es 1986 nicht erwogen, den damali-

⁵⁷ Vgl. hierzu P. Martin: When Nationalism Meets Continentalism: The Politics of Free Trade in Québec, in: *Regional and Federal Studies* 5, 1, 1995, S. 1-27.

⁵⁸ J. Parizeau: Who Are We? Where Are We Going, in: *The Globe and Mail Discussion Forum*, <http://www.thglobeandmail.com/docs/>.

⁵⁹ P. Authier: Free Trade Called Key to Sovereignty, in: *The Montreal Gazette*, 9. Oktober 1997.

gen Québecer Wirtschaftsminister in das kanadische Verhandlungsteam zum Freihandelsabkommen mit den USA zu berufen.⁶⁰ Im Folgenden soll versucht werden zu zeigen, wie der Québecer Nationalismus und sein Unabhängigkeitsbestreben mit der propagierten freihandelsorientierten Wirtschaftspolitik des Parti Québécois zusammen geht.

Bedingt durch die Ost-West Ausrichtung der *national policy* und aufgrund seiner geographischen Lage war Québec über weite Strecken der kanadischen Geschichte ein wichtiger Faktor in der Wirtschaftsstruktur des Landes. Dies änderte sich aber mit der zunehmenden Nord-Süd Ausrichtung des kanadischen Handels nach dem Zweiten Weltkrieg. Großbritannien wurde als primärer Handelspartner Kanadas durch den südlichen Nachbarn USA abgelöst. Die frankophone Provinz verlor ihre zentrale Position an die strategisch-geographisch günstiger liegende Provinz Ontario mit der wachsenden Wirtschaftsmetropole Toronto, und die Planer des Québecer Staates versuchten die ökonomischen Folgen dieser Entwicklung durch eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik nach keynesianischem Muster auszugleichen. Die zunehmende Südorientierung der kanadischen Ökonomie definiert Alain Gagnon als einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Québecks und einen entscheidenden Impuls für die Regierung der francophonen Provinz und ihrer Politik des *Gegensteuerns*.⁶¹ Die Träger der *Stillen Revolution* versuchten in der francophonen Provinz durch staatliche Interventionen den negativen

Tabelle 5: Importe nach Québec (in % der Gesamtimporte)

	1968	1973	1978	1983	1988	1993	1996	1997
USA	49.4	46.8	49.3	52.4	46.6	45.2	47.2	47.5
GB	8.0	6.2	4.6	2.9	6.6	6.4	6.9	6.4
Germany	4.2	4.1	3.9	3.8	4.3	3.2	3.2	3.5
Japan	3.7	k.A.	4.3	5.8	7.2	5.8	4.0	4.8
France	k.A.	3.9	k.A.	k.A.	3.9	3.3	4.1	4.1

Quelle: Bureau de la Statistique du Québec et Services des données internationales, Évolution du commerce international du Québec, 1968-1982 et 1978-1989; Le commerce international du Québec, édition 1995.

⁶⁰ Siehe zu Einzelheiten, die erst 1997 bekannt wurden: P. Gessell: Trade Negotiator Tells All, in: The Ottawa Citizen, 25. September 1997.

⁶¹ A. Gagnon: Québec and the Political Economy of Continental Integration, in: Pal u. Schultze Hg., 1991, S. 165-185, S. 172f.

Entwicklungen der ökonomischen Peripherialisierung entgegenzuwirken. Die führte zu einem enormen Anwachsen der öffentlichen Ausgaben in der Provinz und stärkte zugleich die neue technokratische Mittelklasse in Québec, die als Träger der *Stillen Revolution* gilt.⁶² Dieser interventionistische Politikstil der liberalen Regierung unter Jean Lesage seit 1960 löste den traditionellen Québécois Regierungstil des ökonomischen *laissez-faire* unter Maurice Duplessis ab. Als Motivation hinter dieser neuen Politik stand neben dem Ausgleich der Folgen der ökonomischen Peripherialisierung natürlich auch das Bestreben der frankophonen politischen Elite, den Anteil der Frankophonen im Wirtschaftsleben der Provinz zu stärken. In der traditionellen Elitenakkomodation zwischen Kanada und der frankophonen Provinz dominierten die anglophonen Eliten den Wirtschaftsbereich, während die Bereiche der Bildung und des Sozialen dem Zuständigkeitsbereich der francophonen Elite zugehörten.

Die Reaktionsweise des Québécois politischen Systems in dieser Phase ist auf dem Hintergrund der eingangs erläuterten Fragestellung von besonderem Interesse. Zum einen müsste sich die frankophonen Provinz nach den herkömmlichen Theorien zur politischen Ökonomie dem Freihandel widersetzen.⁶³ Des weiteren ist es wichtig festzuhalten, dass das politische Umfeld in Québec während der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen eindeutig dominiert wurde von den Konzeptionen und Entwürfen der beiden wichtigsten nationalistischen Gruppierungen in Québec: der Liberalen Partei Québécois mit ihrem autonomistischen Nationalismuskonzept und dem Parti Québécois mit seinem zum Teil separatistisch artikulierten Nationalismuskonzept. Folgt man den Argumenten Barber, so müssten sich diese nationalistischen Akteure gegen eine zunehmende wirtschaftliche Integration und dem damit verbundenen möglichen Verlust der eigenen Identität zur Wehr setzen. Bei der Erklärung der Pro-Freihandels-Position der Québécois Nationalisten versagt aber nicht nur Barber, sondern auch die Theorie der globalen Ökonomie des kontinentalen Freihandels. Die von ihr vorgeschlagene Differenzierung in die drei Analyseebenen - Position des Staates in der internationalen Struktur, relative Stärke bestimmter Gruppen im Staat und die Handlungen der *state officials* - kann die freihandelsorientierte Politik der Québécois Regierung nicht erklären. In den traditionell inter-

⁶² Vgl. zur Stillen Revolution in Québec Dale Thompson: *Jean Lesage and the Quiet Revolution*, Toronto 1986 und Kenneth McRoberts: *Quebec: Social Change and Political Crisis*, Toronto 1993.

⁶³ Vgl. Martin, 1995, S. 2.

Tabelle 6: Exporte aus Québec (in % der Gesamtexporte)

	1968	1973	1978	1983	1988	1993	1996	1997
USA	65.6	62.6	65.8	69.6	75.3	76.6	80.7	82.0
GB	11.2	8.5	5.1	4.4	3.2	2.4	1.7	2.0
Germany	2.8	3.2	2.4	1.8	2.0	2.7	2.2	1.7
Japan	1.8	2.6	2.1	2.9	2.0	k.A.	k.A.	1.4
France	k.A.	2.0	k.A.	1.4	k.A.	1.7	2.0	1.4

Quelle: Gouvernement du Québec, Ministère de l'Industrie, du Commerce, de la Science et de la Technologie, <http://www.micst.gouv.qu.ca/micst/commerce/note9806.html>.

national ausgerichteten polit-ökonomischen Ansätzen ist die Handelsorientierung einer Regierung abhängig von der Struktur des internationalen Handels und der Position des betreffenden Landes darin. Für Québec lassen sich diesbezüglich folgende Faktoren nennen, die als strukturelle Gründe für eine Freihandelsorientierung herangezogen werden können: als erstes muss die relative Offenheit der Québecer Wirtschaft und das Ausmaß und die Konzentration des Handels und der Investitionen mit den USA genannt werden. (Vgl. Tabelle 5) Aber nicht nur der Anstieg der Im- und Exporte in die USA an sich sind von Bedeutung. Viel wichtiger erscheint, dass der Im- und Exporthandel Québecs mit dem Ausland viel drastischer angestiegen ist als der entsprechende Handel mit den restlichen kanadischen Provinzen, wie in Tabelle 5 deutlich zu sehen ist. Der Anteil der Exporte in die USA lag 1995 bei 75% der Gesamtexporte Québecs und die Erzeugnisse aus den USA machten 1990 die Hälfte aller Importe in die frankophone Provinz aus. Diese Daten lassen das Eintreten Québecs für eine weitere Liberalisierung des Handels plausibel erscheinen. Doch vergleicht man diese Daten mit denen der Nachbarprovinz Ontario - mit deren strukturell besseren Rahmenbedingungen - so versagt das Erklärungsmodell. In Ontario sprachen sich die Provinzregierung und die öffentlich Meinung mehrheitlich gegen das *Free Trade Agreement* mit den USA aus, obwohl die Wirtschaftsanalysen eine positive Entwicklung für diese Provinz prognostiziert hatten. Diese strukturellen Erklärungsfaktoren für die Unterstützung des Freihandels in Québec können also nur bedingt herangezogen werden.

Innerhalb der Québecer Freihandelsdiskussion in den 1980er Jahren kann spätestens 1988 von einem breiten Konsens gesprochen werden. Als Indikator hierfür kann die Bundeswahl 1988 herangezogen werden, bei der die klar für den Freihandel votierende Konservative Partei 53%

der Stimmen in der traditionell liberalen Hochburg Québec erhielt und mit diesem Ergebnis gut 10% über dem Landesdurchschnitt lag. Gestützt wird diese Schlussfolgerungen noch durch Meinungsumfragen in Québec, die eine weitaus größere Unterstützung für eine Freihandelsabkommen mit den USA aufweisen, als dies im Rest von Kanada der Fall war. Da darüber hinaus auch die beiden nationalistischen Parteien das Freihandelsabkommen mit den USA und später NAFTA vorbehaltlos unterstützen, muß nach anderen Erklärungsfaktoren gefragt werden. Peter Martin vertritt die These, dass die Unterstützung für den Freihandel nicht trotz sondern wegen des Nationalismus zustandekam.⁶⁴ Dies steht der Globalisierungsargumentation im Sinne Barbers diametral entgegen. Martin erläutert seine These damit, dass im Zentrum der parteipolitischen Auseinandersetzungen die verschiedenen nationalistischen Konzeption der Liberalen Partei Québecs und des Parti Québécois (PQ) standen und die beiden Parteien dadurch gezwungen waren, ihre Positionen anhand von sekundären Themen zu definieren. Aus Sicht des PQ reduziere die Expansion und Institutionalisierung des kontinentalen Handels die Kosten der Transformation zur Unabhängigkeit der frankophonen Provinz und sichert gleichzeitig die ökonomische Überlebensfähigkeit eines unabhängigen Québec. Für die moderate, autonomistisch orientierte Position der Liberalen Partei Québecs ist eine Handelsliberalisierung gleichbedeutend mit einer Schwächung der föderalen Handlungsposition und damit indirekt eine Stärkung der Provinz innerhalb des kanadischen Föderalismus.⁶⁵ In beide nationalistischen Position passt also die Freihandelspolitik als rationales Element zur Durchsetzung der eigenen Interessen und Positionen, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Eine solche funktionalistische und interessengetriebene Politik der beiden nationalistischen Gruppierungen in Québec passt aber nicht in das Schema der Globalisierungstheoretiker im Sinne Barbers, die Nationalismus immer im Zusammenhang mit Protektionismus denken.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Diese Position vertritt auch Gagnon 1991, S. 181, wenn er in der Kontinentalisierung eine Chance für Québec sieht, Zugang zu Märkten zu erhalten, die der Provinz lange Zeit verschlossen waren. Kontinentalisierung hieße demnach für die frankophone Provinz das Ende von Protektionismus und auch das Ende der ökonomischen Vormachtstellung der Provinz Ontario.

Tabelle 7: Im- und Exporthandel Québecs (in Mrd.\$)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Exporte insgesamt	65 223	72 976	83 920	95 748	98 559	103 714
ins Ausland	34 540	41 885	52 800	61 480	64 237	67 443
in andere kanadische Provinzen	30 683	31 091	34 280		34 322	36 271
Importe insgesamt	69 899	76 635	82 977	90 259	95 024	101 812
aus dem Ausland	41 324	47 265	51 409	57 216	60 699	64 669
aus anderen kanadischen Provinzen	28 575	29 370	31 568	33 043	34 325	37 143

Quelle: Bureau de la Statistique Québec, Direction des Comptes économiques: Comptes économique de revenus et des dépenses, édition 1998, tableau 2.

Die Erklärung des Konsens der Nationalisten in Fragen des Freihandels bedarf neben der rein programmatischen Erklärung eine weitere, das politische Umfeld miteinbeziehende Analyse der *domestic political dynamics*. Die Expansion und Liberalisierung des Handels kann zwei redistributive Effekte zur Folge haben: die erste zwischen verschiedenen Industrien und die zweite zwischen verschiedenen Produktionsfaktoren (Kapital, Arbeit, Land). Durch die divergierenden Folgen solcher redistributiven Maßnahmen kommt es häufig zu Konflikten. Auch für Kanada und Québec können diese Konfliktlinien in Folge des Freihandelsabkommens mit den USA registriert werden. Die Interessenorganisationen von Arbeit und Landwirtschaft sprachen sich mehrheitlich gegen eine Handelsliberalisierung aus.⁶⁶ Die Wirtschaftsverbände hingegen unterstützen die Maßnahmen zur verstärkten wirtschaftlichen Integration auf dem nordamerikanischen Kontinent.⁶⁷ Diese Konfliktstruktur wurde von drei zentralen

⁶⁶ Vgl. ebd., S.8.

⁶⁷ Hier sind nur die wichtigsten Interessenverbände gemeint. Natürlich sprachen sich auch einige gegen das *free trade Agreement* aus. Diese kamen vor allem aus dem kulturellen Bereich. Näheres bei Martin 1995, S.10f.

Merkmale geprägt: Zum ersten kann von einer starken Asymmetrie der politischen und finanziellen Ressourcen zugunsten der Arbeitgeberverbände gesprochen werden, zum zweiten fehlte es in Québec an einer Partei, die die Interessen der Arbeiter im Prozess zunehmender Kontinentalisierung unterstützte und drittens existierte in Québec überhaupt keine Partei, die sich gegen den Freihandel aussprach, wie diese die *New Democratic Party* in anderen Teilen Kanadas tat, und auch die Kooperation der Anti-Freihandelskräfte in Québec mit ihren Pendanten auf der bundesstaatlichen Ebene gestaltete sich mangelhaft.

Die spezifischen Konstellationen der relevanten Akteure und die historisch gewachsenen Muster der prägenden Konfliktstrukturen können somit das Eintreten der frankophonen Provinz für den wirtschaftlichen Integrationsprozess besser erklären. Zentrales Element ist der oben herausgearbeitete Parteienkonsens in der Frage des Freihandels, der eine Mobilisierung gegen den Prozess der Kontinentalisierung unmöglich machte. Dieser Konsens der Parteien lässt sich erklären aus den Wurzeln der Parteien in der *Stillen Revolution*, die in den 1960er und 1970er Jahren das Parteiensystem in Québec grundlegend neu strukturierte. Mit diesen Veränderungen in Québec kam es auch zu einer Neudefinition der Rolle des Staates in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaftspolitik in Québec in den 1950er Jahren war noch beeinflusst vom Regime des Maurice Duplessis und seiner *Union National*. Die öffentliche Philosophie war einfach: Der Staat musste seine Eingriffe in den wirtschaftlichen Bereich auf ein Minimum reduzieren. Um trotzdem gute soziale und wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, öffnete sich Québec für Auslandsinvestitionen vor allem aus den USA.⁶⁸ Durch diese Auslandsinvestitionen erhoffte sich Duplessis eine Stimulierung der Québecer Wirtschaft und weitere Impulse für eine Industrialisierung der Provinz. Mit der Regierungsübernahme der Liberalen Partei 1960 in Québec wandelte sich diese Strategie: In den amerikanischen Investitionen sah man nun eine Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Provinz und begann mit verstärktem staatlichen Eingreifen in den betroffenen Sektoren, um damit auch die wirtschaftliche Position der frankophonen Bevölkerung zu verbessern. Man wollte aber keinen absoluten Bruch mit den Auslandsinvestitionen, sondern versuchte die ausschließliche Abhängigkeit der Québecer Wirtschaft von diesen Investitionen zu beseitigen. Dieses neue

⁶⁸ Vgl. F. Rocher: *Continental Strategy; Québec in North America*, in: A.G. Gagnon Hg.: *Québec. State and Society*, Scarborough 1993, S.450-486, S. 458.

Konzept kombinierte somit Nationalismus und Interventionismus mit weiteren Anreizen für Auslandsinvestitionen. Ähnliche wirtschaftspolitische Strategien konnten auch bei dem Parti Québécois nachgezeichnet werden. Die PQ strebte zwar mit ihrer Wirtschaftspolitik eine Förderung des Québécoiser Kapitals an, dies sollte aber auch nicht auf Kosten von Auslandsinvestitionen gehen. Gleichzeitig wurde ein weiterer Schwerpunkt auf den Export von Gütern und Ressourcen aus der frankophonen Provinz gesetzt. Der PQ ging es also auch nicht um eine Schwächung des amerikanischen Einflusses in der Québécoiser Wirtschaft, sondern um die Stärkung der frankophonen Wirtschaftseliten darin.⁶⁹ In ihren wirtschaftspolitischen Positionen unterscheiden sich die beiden das politische System der frankophonen Provinz dominierenden Parteien kaum voneinander. Und da der Freihandel und die zunehmende Integration in den kontinentalen Wirtschaftsraum in beiden nationalistischen Konzeptionen eine nützliche Funktion hat, formierte sich in Québec ein breiter Konsens zugunsten von Freihandel, der mit den traditionellen Erklärungsmodellen nur unzureichend verstanden werden konnte.

3. Zusammenfassung: Die Zukunft des Nationalstaats und die Globalisierungsdiskussion

Auf dem Hintergrund der Analyse der kanadischen Entwicklung und der sie begleitenden Diskussion um die Integration in den nordamerikanischen Wirtschaftsraum und die Problematik des Québécoiser Minderheitennationalismus lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen: Zum ersten kann im Falle Kanadas tatsächlich nur von einer internationalen Wirtschaftsintegration im Sinne einer regionalen Integration gesprochen werden und nicht von einer Globalisierung der ökonomischen Beziehungen. Die Ergebnisse und Daten haben gezeigt, dass sich der Handel zunehmend auf den nordamerikanischen Kontinent konzentriert. Dieses Ergebnisse lassen sich auch durch andere Untersuchungen zum europäischen Binnenmarkt und auch zum asiatischen Markt bestätigen. Die regionale Integration innerhalb der drei Wirtschaftsblöcke kann eher definiert werden als eine Gegenreaktion gegen eine globale ökonomische Liberalisierung denn als ein erster Schritt in Richtung eines globalen Marktes.⁷⁰

⁶⁹ Ebd., S. 460.

⁷⁰ Diese Regionalisierungsthese wird auch von Jonathan Perraton, David Goldblatt und David Held in ihrer Studie zur Globalisierung der Wirtschaft als Argumente der Globalisierungskritiker genannt. J. Perraton, D. Goldblatt u. D. Held: Die Globalisierung der Wirtschaft, in: Beck Hg., Frankfurt 1998, S.

Ähnlich vorsichtig und differenziert argumentieren auch Hirst und Thompson, wenn sie in den Nationalstaaten weiterhin die grundlegenden Einheiten der internationalen Wirtschaft sehen.⁷¹ Eine relative Trennung von nationalen und internationalen Bezugssystemen werden nach Hirst und Thompson nicht aufgehoben, der Einfluß von internationalen Ereignissen auf die Binnenökonomie werde noch immer gefiltert von nationalen Maßnahmen und Prozessen.⁷² Diese Schlussfolgerungen konnten auch durch die Analyse der Verhandlungen zur Implementierung des *Free trade agreements* mit den USA und den sich anschließenden Verhandlungen zur NAFTA bestätigt werden. Es sind staatliche Akteure und Institutionen, die die Regeln der Integration festschreiben und auch noch weiterhin Einflussmöglichkeiten im Rahmen dieser Kooperationsgebilde besitzen. Natürlich ergeben sich hieraus andere Akteurskonstellationen und Handlungsspielräume für die staatlichen Akteure, aber von einem generellen Bedeutungsverlust kann keinesfalls gesprochen werden. Genau hier fehlt es in der Globalisierungsdiskussion noch an empirischen Untersuchungen, die den veränderten Charakter, die unterschiedlichen Handlungsebenen und die veränderte Funktion nationaler Wirtschaftspolitik genauer beleuchtet. Dem Staat kommen nach Hirst und Thompson auch weiterhin zentrale Aufgaben im Wirtschaftsbereich zu. Dazu gehören die Herstellung eines Verteilungskompromisses zur Beeinflussung der Wirtschaft, die Herbeiführung eines sozialen Konsenses und eine adäquate Aufteilung der Steuereinnahmen und -kompetenzen auf den verschiedenen Regierungsebenen.⁷³ Es kann also keinesfalls von einem völligen Verlust der nationalen Souveränität durch die Globalisierung gesprochen werden, wobei hier gefragt werden muss, inwieweit das Konzept staatlicher Souveränität in seiner juristischen und rechtswissenschaftlichen Zuspitzung je zutrif. Die Forschung müsste sich stärker konzentrieren auf das neue Konkurrenzverhältnis von internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Handelsströmen einerseits

134-168, S. 135. Insgesamt nennen die drei Autoren noch drei weitere Thesen gegen die Globalisierung: Zum ersten betonen sie die immer noch stark nationale Ausrichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten, zum zweiten sehen sie in den internationalen Geld- und Warenströmen einen Ausdruck der Internationalisierung und damit eine Verflechtung von weiterhin intakten Nationalökonomien und drittens liege der globale Handel heutzutage auf vergleichbarem Niveau wie 1807 oder 1914.

⁷¹ P. Hirst u. G. Thompson: Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken, in: Beck Hg., 1998, S. 85-133.

⁷² Ebd., S. 87.

⁷³ Ebd., S. 104f.

und den Machtbefugnissen des Staates andererseits.⁷⁴ Verschiedenen Akteure treten neben dem Nationalstaat auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichen Interessen auf. Diese neuen Interaktionsformen und die Handlungsspielräume, in denen sie stattfinden, bedürfen noch einer genauen empirischen Analyse, um Prognosen über die Zukunft des Nationalstaates zu machen. Der Nationalstaat wird aber weiterhin eine bedeutende Rolle in der Vermittlung zwischen den sozialen, politischen und ökonomischen Dimensionen der Realität spielen.

⁷⁴ Vgl. hierzu auch Perraton u.a., in Beck Hg., 1998, S. 138.

4. Literaturverzeichnis

- Albrow, M.:** Abschied vom Nationalstaat, Frankfurt 1998
- Axtmann, R.:** Liberal Democracy into the Twenty-First Century, Manchester 1996
- Barber, B.:** Coca-Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Freiheit und Demokratie abschaffen, Hamburg 1996
- Beck, U. (Hg):** Politik der Globalisierung, Frankfurt 1998
- Beck, U.:** Was ist Globalisierung?, Frankfurt 1998
- Beisheim, Marianne (Hg.):** Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden Baden 1999
- Bickerton, J. und A.-G. Gagnon (Hg):** Canadian Politics, Scarborough 1994
- Bockmann, K.:** Globalisierung und Québecker Sprachennationalismus, in: Zeitschrift für Kanada-Studien 17, 2, 1997, S. 58-69
- Boyer, R. und D. Drache (Hg):** States against Markets. The Limits of Globalization, London 1996
- Clark, I.:** Globalization and Fragmentation. International Relations in the Twentieth Century, Oxford 1997
- Coulombe, Serge:** Economic Growth and Provincial Disparity: A New View of an Old Problem (C.D.Howe Institute), Toronto 1999
- Dolata, U.:** Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1, 1997, S. 100-104
- Doran, C. und A.P. Drischler (Hg):** A New North America. Cooperation and enhanced economic interdependence, Westport 1996
- Dunning, J. H. (Hg):** Governments, Globalization and International Business, Oxford 1997
- Fawcett, L. und A. Hurrell (Hg):** Regionalism in World Politics, Oxford 1995
- Gagnon, A.-G. (Hg):** Québec. State and Society, Scarborough 1993
- Gamble, A. und A. Payne (Hg):** Regionalism and World Order, Basingstoke 1996
- Globermann, S. und M. Walker (Hg):** Assessing NAFTA: A trinational analysis, Vancouver 1993
- Grimm, D. (Hg):** Staatstaufgaben, Baden Baden 1996
- Guéhenno, J. M.:** Das Ende der Demokratie, München 1996

- Gummett, P.** (Hg): *Globalization and Public Policy*, Chettenham 1996
- Howse, R.:** *Securing the Canadian economic Union. Legal and Constitutional Options for the Federal Government* (C.D. Howe Institute Commentary), Toronto 1996
- Hurell, Andrew und Ngaire Woods** (Hg): *Inequality, Globalization, and World Politics*, Oxford 1999
- Martin, H. P. und H. Schumann:** *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Wohlstand und Demokratie*, Hamburg 1996
- Martin, P.:** *When nationalism meets continentalism. The politics of free trade in Québec*, in: *Regional and Federal Studie* 5, 1, 1995, S. 1-27
- McRoberts, Kenneth:** *Quebec: Social Change and Political Crisis*, Toronto 1993
- Ohmae, K.:** *The End of the Nation-State. The Rise of Regional Economies*, New York 1995
- Pal, L. A. und R.-O. Schultze** (Hg): *The Nation-State versus Continental Integration*, Bochum 1991
- Parson, G. F. und P. L. Arcus:** *Interprovincial Trade and Canadian Unity*, Canada West Foundation 1996
- Rhodes, M., P. Hayward und V. Wright** (Hg): *Developments in Western European Politics*, Basingstoke 1997
- Schwanen, D.:** *Drawing on our inner strenght: Canada's economic citizenship in an era of evolving federalism* (The Canadian Union Papers, C.D. Howe Institute), Toronto 1996
- Thomson, Dale:** *Jean Lesage and the Quiet Revolution*, Toronto 1986
- Urquhart, M.C. und K.A.K. Buckley** (Hg): *Historical Statistics of Canada*, Toronto 1965
- Watts, R. L. und D. M. Brown** (Hg): *Options for a New Canada*, Toronto 1991
- Welzmüller, R.:** *Zu den Folgen der Globalisierung auf die nationalen Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte*, in: *ApuZ B* 33/34, 1997, S. 20-28